

Antrag: Zivilen Ungehorsam wirksam unterstützen

Zur MVV der BUNDjugend Berlin Herbst 2022

Antragsstellende: Jonathan Deisler

Antragstext:

Die BUNDjugend Berlin erkennt die Notwendigkeit von radikaleren, aber weiterhin friedlichen Protestformen im Angesicht der Klimakrise an. Aktionen zivilen Ungehorsams, die Konzerne, Entscheidungsträger*innen oder andere Verantwortliche der Klimakrise treffen und mit denen wir demokratische, antikapitalistische und solidarische Grundsätze teilen, sollen unterstützt werden.

Wir wollen unabhängig vom Aktionslevel unserer Aktiven eine Teilnahme an den Protesten ermöglichen und mobilisieren deshalb sowohl zu Aktionen zivilen Ungehorsams als auch deren bürgerlichen Ergänzungen. Aktive werden im Vorfeld der Aktion so weit wie nötig über den rechtlichen Rahmen, Umgang mit Repressionen und sonstiger wichtiger Aspekte des Zivilen Ungehorsams aufgeklärt und vorbereitet, sodass sie sich in der Aktion sicher fühlen können.

Da staatliche Repressionen bei Aktionen des zivilen Ungehorsams zu erwarten sind, hat das Wohlbefinden unserer Aktiven dort einen besonderen Stellenwert für uns. Es muss sichergestellt werden, dass sich alle nur entsprechend ihres Aktionslevels engagieren und ein Safe Space vorhanden ist. Dort sollen unter anderem Erfahrungen geteilt und Aktionen nachbereitet und besprochen werden können.

In der öffentlichen Debatte um Zivilen Ungehorsams setzt sich die BUNDjugend Berlin dafür ein, den Schwerpunkt auf die Inhalte und Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung zu setzen.

Für diese Positionen setzen wir uns auch auf Bundesebene ein. Es wird erstrebt über den Bundesjugendrat in Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden einen Antrag bei der Bundesjugendversammlung einzureichen. Im Zweifel muss ein eigener Antrag gestellt werden. Damit dieser Prozess auf Landesebene möglichst viele Aktive mitnimmt, muss der Landesvorstand begleitende Veranstaltungen wie Diskussionen organisieren.

Begründung:

Der BUND hat seine Wurzeln in der Anti-Atom-Bewegung der 80er Jahre, die durch Zivilen Ungehorsam eine Kehrtwende in der Atomfrage erst ermöglichte und neue Standards für die Versammlungsfreiheit gesetzt hatte. Auch der Zivile Ungehorsam von Fridays for Future ermöglichte erst die stärkere Medienaufmerksamkeit für die Klimakrise in den letzten Jahren.

Wie bei der Atomfrage auch ist die Lage in der Klimafrage dringend. Wir brauchen nicht heute Lösungen, wir brauchten sie gestern, denn unsere Erde brennt. Umso wichtiger ist es, alle Mittel für die Bewegung zu nutzen, um eine ambitionierte Politik einzufordern. Dazu gehört auch Ziviler Ungehorsam. Dieser ist aber nicht homogen sondern hat vielfältige Formen. Damit ziviler Ungehorsam wirksam ist, darf er nicht nach unten treten, sondern muss systemkritisch und demokratisch sein. Jeder andere Protest schadet der Bewegung mehr, als er ihr nutzt.

Ziviler Ungehorsam war ist und aber auch immer durch seine Systemkritik von staatlicher Repression betroffen. Das sollte aber für uns nicht bedeuten, dass wir vor den Aktionen zurückschrecken, sondern dass wir uns so vorbereiten. Wir müssen unsere Rechte und Möglichkeiten kennen, wir müssen wissen, wie mit der Belastung umgegangen werden kann, denn ohne dieses Wissen können wir uns in den Aktionen nicht sicher fühlen.

Da der Prozess auf Bundesebene nun schon zwei Jahre vor sich hin schwelt und immer weiter nach hinten verschoben wird, müssen wir uns nun unabhängig vom Bundesvorstand handlungsfähig machen. Weil auch auf der Bundesebene ein Beschluss fehlt, müssen wir uns nächstes Jahr auch dafür einsetzen, dass dieses Thema endlich vernünftig und ergebnisorientiert diskutiert wird. Deshalb sollten wir einen Antrag für die BJV selber schreiben oder in Zusammenarbeit mit den anderen Landesverbänden über den Bundesjugendrats anstreben.